

Pressemitteilung

40/08 - 1. Dezember 2008

Ökonomen-Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Finanzmarktkrise:

Regulierung der Realwirtschaft kostet Wachstum

Köln – Nach Ansicht der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler wäre eine Regulierung der Realwirtschaft als politische Folge der Finanzmarktkrise schädlich. Die Ökonomen warnen davor, die notwendige Regulierung der Finanzmärkte reflexartig auch auf die Realwirtschaft zu übertragen. 70 Prozent der befragten Wissenschaftler erwarten eine solche Reaktion des Staates. Dies würde aber nach Meinung der Wissenschaftler (94,6 Prozent) zu weniger Wachstum und geringerer Beschäftigung führen.

Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) im November 2008, an der sich 44 Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftswissenschaften sowie Ökonomen aus öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen beteiligt haben. Die Beantwortung der Fragen erfolgte entweder über die Angabe von Schätzwerten, die Auswahl einer von mehreren Optionen oder freie Nennungen.

Nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler können Finanzmarktkrisen durch eine effiziente Regulierung in Zukunft vermieden werden. Hierzu schlagen die Ökonomen ein breites ordnungspolitisches Maßnahmenbündel vor, welches funktionsfähige Finanzmärkte sicherstellen soll. Für eine Verbesserung der Bankenaufsicht sprach sich in einer offenen Frage fast die Hälfte aller Befragten (18 Nennungen) aus. Auch die Erhöhung der Eigenkapitalquoten und Maßnahmen die zur Verbesserung der Transparenz bei Banken beitragen, erreichen ähnlich hohe Zustimmungswerte (15 Nennungen).

Einig sind sich die Wirtschaftswissenschaftler darin, dass vom Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Bundesregierung eine stabilisierende Wirkung auf den deutschen Finanzmarkt ausgeht (90,1 Prozent). Auch das Vertrauen der Bürger in den Finanzmarkt wird nach Ansicht der Wissenschaftler durch das Gesetz gestärkt (70,5 Prozent). Auswirkungen auf die Konjunktur seien durch das Finanzmarktpaket jedoch in geringerem Maße zu erkennen (63,6 Prozent).

Vor dem Hintergrund der schwächelnden Konjunktur wurde auch nach der potentiellen Wirkungsmacht konjunkturpolitischer Maßnahmen gefragt. Hier sind sich Ökonomen einig, dass zur Belebung der Nachfrage staatliche Eingriffe wie der Wegfall der Kfz-Steuer für Neuwagen (22 Prozent) ebenso wie Einmalzahlungen an Bürger nach Vorbild der amerikanischen Steuerchecks (28,2 Prozent) eher ungeeignet sind. Effektive Maßnahmen sind nach Meinung der Befragten eine Reduzierung der Steuerlast auf mittlere und niedrige Einkommen (88,6 Prozent) und die Einführung eines höheren Einkommensteuerfreibetrags (67,4 Prozent).

Die Auswertung der Umfrage ist abrufbar unter: www.insm.de

Pressekontakt:

Bernd Schwang, Tel.: (0221) 4981-412, E-Mail: schwang@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland. www.insm.de